

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt: WOHNEN

Edeltraud Haselsteiner, Sabina Riß: Gender und feministische Aspekte in der Wohnbaupolitik • *Dennis Tamesberger, Johann Bacher, Harald Stöger:* Die Wirkung des sozialen Wohnbaus in Österreich. Ein Bundesländervergleich • *Fritz Hemedinger, Sepp Wall-Strasser:* Wohnen in Gallneukirchen – lebenswert, sicher, teuer. Leistbares Wohnen als kommunalpolitische Herausforderung • *Bernhard Scharf:* In der Hitze der Nacht – Wohnbau im Klimawandel • *Harald Stöger:* Auf der Suche nach Lösungsansätzen für bezahlbares Wohnen – die europäische Perspektive

Bettina Csoka: Rezension Emmerich Tálos (2019): Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz

Gender und feministische Aspekte in der Wohnbaupolitik

1. Soziale, gesellschaftliche, demografische Situation von Frauen	12
2. Wohnbaupolitik in Österreich	14
3. Gender Mainstreaming, Gender Planning und konkrete Planungsansätze	17
4. Historische Entwicklung	20
5. Aktuelle Situation und Empfehlungen	22

*Edeltraud
Haselsteiner*

*Leiterin und For-
schende am Institut
URBANITY - Architek-
tur, Kunst, Kultur und
Sprache*

Sabina Riß

*Universitätslektorin
am Forschungs-
bereich Wohnbau,
Institut für Architek-
tur und Entwerfen der
Technischen Universi-
tät Wien*

1. Soziale, gesellschaftliche, demografische Situation von Frauen

Warum braucht es einen feministischen Blick in der Wohnbaupolitik?

*staatliche
Grundaufgabe:
ausreichend leist-
baren Wohnraum
anzubieten*

Das Recht auf Wohnen ist ein international verbrieftes Menschenrecht. Dies ist als Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ausdrücklich festgehalten. Ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, gehört somit zu den Grundaufgaben eines Staates. Das Gleichbehandlungsrecht regelt in Österreich hingegen die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Arbeitsleben und verbietet Diskriminierungen aufgrund der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Orientierung und der ethnischen Zugehörigkeit, auch in einigen Bereichen außerhalb der Arbeitswelt.

*frauenpolitische
Forderungen im
Sektor Wohnbau
unterrepräsentiert*

Frauenpolitik fokussiert sehr allgemein auf die Chancengleichheit von Frauen in allen politischen Handlungsfeldern. Strategien werden auf nationaler oder Länderebene für die Themenfelder Bildung, Arbeit, Gesundheit und Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Kinderbetreuung formuliert. Obwohl der Zugang zu leistbarem Wohnraum ähnlichen gesellschaftlichen Machtverhältnissen wie der Arbeitsmarkt unterliegt, sind frauenpolitische Forderungen nach Gleichstellung und Chancengleichheit im Sektor Wohnbau und Wohnbaupolitik noch weitgehend unterrepräsentiert. Gendersensible Statistiken machen die gesellschaftlich vorherrschenden Machtverhältnisse und unterschiedliche Lebensrealitäten sichtbar. Zum Beispiel verdienen Frauen nach wie vor um ein Viertel weniger als Männer, Alterspensionen der Männer sind um fast zwei Drittel höher als jene der Frauen und Frauen sind wesentlich häufiger armutsgefährdet. Damit wird Leistbarkeit von Wohnraum zu einem spezifischen frauenpolitischen Thema.

Österreich zählt mit einem Gender Pay Gap von 19,9 Prozent - das heißt die Differenz der durchschnittlichen Bruttostundenlöhne von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft - im EU-Vergleich, nach dem Vereinigten Königreich (20,8 Prozent), Deutschland (21,0 Prozent), Tschechien (21,1 Prozent) und Estland (25,6 Prozent), zu jenen Ländern mit den größten geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden. (Bundeskanzleramt 2019, 47)

Neben dieser Lohnschere klafft in Österreich zwischen Männern und Frauen auch eine breite Schere in Hinblick auf Vollzeit- und Teilzeit-

beschäftigung: 2017 gingen 1.048.800 Frauen und 1.986.900 Männer einer Vollzeitbeschäftigung nach, hingegen waren nur 267.500 Männer und 957.400 Frauen Teilzeit beschäftigt. (Bundeskanzleramt 2019, 44) Die Teilzeitquote von Frauen ist von 27,4 Prozent im Jahr 1995 auf 47,7 Prozent im Jahr 2017 gestiegen. Im Vergleich dazu hat sich die Teilzeitquote der Männer nur von 4 Prozent auf 11,9 Prozent erhöht.

Die hohe Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung von Frauen ist ein weiterer wichtiger Aspekt, der in einer gleichstellungsorientierten Wohnbaupolitik zu berücksichtigen ist. 652.000 Frauen ab 20 Jahren sind lt. Statistik Austria in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. (Bundeskanzleramt 2019, 65) Die Zahlen legen klar offen, dass vor allem Ein-Eltern-Haushalte (31 Prozent), alleinlebende Frauen (28 Prozent) und danach Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern (25 Prozent) die Statistik anführen.

642.000 Frauen in Österreich sind armutsgefährdet

Die sozial und finanziell prekäre Situation besonders von Alleinerziehenden und älteren alleinlebenden Frauen legt den Handlungsbedarf in der Wohnungspolitik offen. Einkommen und Wohnungskosten klaffen immer weiter auseinander. Besonders für Frauen wird Wohnen zunehmend zum größten Kostentreiber für das tägliche Leben. Die Leistbarkeit wird zur größten Herausforderung besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen, wovon Frauen mehrheitlich betroffen sind. 28 Prozent der Ein-Eltern-Haushalte haben einen Wohnkostenanteil von bis zu 50 Prozent und weitere 20 Prozent geben immerhin noch bis zu 25 Prozent des Haushaltseinkommens für Wohnen aus. (Statistik Austria 2019) Erschwerend kommt hinzu, dass Wohnungskosten für kleinere Wohnungen überproportional hoch sind. Besonders prekär ist die Wohnsituation für Frauen mit Kindern nach einer Trennung. Sie leben besonders häufig in zu großen und zu teuren 4-Zimmer-Wohnungen, weil der Partner ausgezogen ist und sie nun die Wohnungskosten alleine zu tragen haben, oder in zu kleinen 2-Zimmer-Wohnungen, weil sie sich aufgrund der Mietkosten keine ausreichend große Wohnung leisten können (Vortrag Sarah Zeller, JUNO, Alleinerziehende in Wien, Frauen. Wohnen. Wien. Enquete am 24. Oktober 2019, Wien).

Frauen besonders von hohen Wohnkosten betroffen

Wohnrechtliche Verhältnisse von Haushalten stellen zentrale Merkmale der Wohnungssituation dar. Eigentums- und Mietquoten von

*66 % der Frauen
leben in einer
Wohnung,
Männer dagegen
nur zu 50 %*

Hauptwohnsitzen sind nach Bundesländern sehr verschieden. So hat zum Beispiel Wien mit 72 Prozent die höchste Mietquote, während im Burgenland ebenso viele, 72 Prozent der Haushalte, ihr Haus oder ihre Wohnung im Eigentum bewohnen. (Statistik Austria 2019) Ebenso unterschiedlich zeigen sich aber auch die Zahlen in Bezug auf die wohnrechtliche Situation von Frauen und Männern. Frauen leben zu zwei Drittel in einer Wohnung, bei den Männern dagegen nur die Hälfte. Alleinerziehende Väter verfügen gegenüber alleinerziehenden Müttern bei einer geringeren Personenanzahl pro Haushalt auch über deutlich mehr Wohnraum. 62 Prozent der alleinerziehenden Mütter wohnen in Hauptmiet- oder Genossenschaftswohnungen, 22 Prozent in einem Eigentumshaus und 9 Prozent in einer Eigentumswohnung. Im Vergleich dazu wohnen 52 Prozent der Zwei-Eltern-Haushalten in einem Eigentumshaus, 33 Prozent in einer Hauptmiete- oder Genossenschaftswohnung und ebenfalls 9 Prozent in einer Eigentumswohnung. (Zartler et al. 2011, 52)

2. Wohnbaupolitik in Österreich

Die Grundsätze der österreichischen Wohnbaupolitik umfassen die Gewährleistung einer leistbaren Wohnversorgung für eine breite Bevölkerungsschicht in hochwertiger Qualität. Die dafür eingesetzten Instrumente sind die Wohnbauförderung, das Mietrechtsgesetz sowie auf der Finanzierungsseite Wohnbaubanken, Bausparkassen und Wohnbaudarlehen. Österreichische Haushalte sind zu 50 Prozent im Eigentum und zu über 40 Prozent in Miete. (Baumgartner et al. 2012, 54)

Wohnbauförderung und gemeinnützige Wohnbauträger

Die Wohnbauförderung ist das wichtigste Instrument für Neubauproduktion und Bestandsrenovierungen. Sie bestimmt Zulassung von Wohnbauträgern und regelt Zielgruppen für Wohnungsvergabe. Die wichtigste Objektförderung betrifft den gemeinnützigen Wohnbausektor, zur Schaffung von Wohnraum im Mietwohnungsbereich. Die wichtigste Subjektförderung ist die Wohnbeihilfe. Insgesamt gibt es allerdings Kritik an fehlender sozialer Treffsicherheit. (Baumgartner et al. 2012, 44, 51, 54; Schoibl 2008, 4, 5)

In Österreich gibt es etwa 200 gemeinnützige Wohnbauträger. Entsprechend dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz WGG dür-

fen diese nur beschränkt Gewinne erzielen und müssen diese in Österreich in weitere Wohnbaumaßnahmen reinvestieren. Ebenso müssen Mietobergrenzen eingehalten werden, um die Leistbarkeit zu sichern. Der gemeinnützige Wohnbausektor hat eine ausreichende Neubau-Tätigkeit im Mehrgeschosswohnungsbau sicherzustellen. Etwa zwei Drittel aller seit den 1940er Jahren errichteten Wohnungen stammen von gemeinnützigen Wohnbauträgern unter Zuhilfenahme öffentlicher Förderungsmittel. Der aktuelle Anteil am gesamten Wohnungsbau liegt bei 30 Prozent. Darüber hinaus ist die Leistbarkeit sicherzustellen und der Bestand zu verwalten. Mehr als ein Viertel aller österreichischen Hauptwohnsitze werden von gemeinnützigen Bauvereinigungen verwaltet. Der Anteil an Mehrgeschossbauten in städtischen Bereichen ist hoch und hat eine maßgebliche Auswirkung auf den Mietwohnungssektor. (Baumgartner et al. 2012, 44, 52, 57, 93, 107; Schoibl 2008, 12)

*gemeinnütziger
Wohnbausektor
hat ausreichende
Neubautätigkeit
sicherzustellen*

Die Leistbarkeit und Zugänglichkeit von geförderten Mietwohnungen ist folgendermaßen gekennzeichnet: Es bestehen großzügige Einkommensgrenzen betreffend der Förderwürdigkeit, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz begrenzt die Miethöhe und die Mietverträge sind unbefristet. Aber aufgrund der vorgeschriebenen, hohen Eigenmittelbeträge und einer vorangegangenen, zweijährigen Meldung an einer Meldeadresse bestehen Restriktionen. (Hammer et al. 2017, 113)

Die Wohnbauförderung ist allerdings im Wandel begriffen: Im Kompetenzbereich der Bundesländer als zweckgebundene Zuweisungen befindlich, erfolgte 2009 die Aufhebung der Zweckbindung öffentlicher Wohnbaufördermittel an den Wohnungsbau. Es folgte eine Kürzung der Wohnbaufördermittel im öffentlich geförderten Neubau und daraus resultierend eine Einschränkung der Neubautätigkeit und eine Verknappung des Mietwohnangebots. (Baumgartner et al. 2012, 54, 95, 103, 108)

*negative Folgen
durch Aufhebung
der Zweckbindung
öffentlicher Wohn-
baufördermittel*

Kommunaler Wohnbau

Der kommunale Wohnbau stellt den günstigsten Wohnraum zur Verfügung, allerdings nur mehr in wenigen Städten Österreichs. Die Tendenz ist sinkend, weil kein eigener Neubau mehr betrieben wird bzw. die Bestände an gemeinnützige Wohnbauträger ausgliedert wurden. Die Wohnungsvergabe durch die Gemeinden

ist an einen mehrjährigen Wohnsitz in der Gemeinde gebunden. (Schoibl 2008, 13) Der größte kommunale Wohnungsbestand ist in Wien und macht dort ein Viertel aller Haushalte aus. Zugang hat eine breite Zielgruppe mit einer Einkommensgrenze über dem doppelten Meridianeinkommen. Die Vergabe erfolgt unbefristet. Zugangsvoraussetzungen sind ein begründeter Wohnbedarf wie Haushaltsgründung oder Überbelag. (Hammer et al. 2017, 113f)

Privater Mietwohnungsmarkt

*Hauptmietzinsen
stiegen um 33 %*

Der private Mietwohnungsmarkt wird hauptsächlich von kommerziellen Wohnraumvermittelnden betrieben. Auch ehemals geförderte Eigentumswohnungen sind Teil dieses Wohnungssektors. Die Hauptmietzinse stiegen in den letzten 10 Jahren um 33 Prozent. Bereits zwei Drittel aller privaten Mietverträge sind befristet, österreichweit sind dies mehr als 254.000 Haushalte. Zusätzlich belastend für MieterInnen sind hohe Kosten für Vermittlung und Verwaltung. (Schoibl 2008, 12)

Qualitätsstandards im öffentlich geförderten Wohnungsneubau

Zur Qualitätssicherung von Wohnungsneubauprojekten gibt es in Wien Instrumente, die die Zuteilung von Mitteln der Wohnbauförderung an die Einhaltung von Qualitätskriterien knüpfen. Mittels des Instrumentariums „Bauträgerwettbewerbe“ entwickeln BauträgerInnen und ArchitektInnen gemeinsam mit ExpertInnen Realisierungskonzepte für ausgelobte Grundstücke des Wohnfonds Wien. Die Siegerprojekte werden von einer interdisziplinären Fachjury ermittelt. Die siegreichen Bauträger des Wettbewerbes erwerben die Bauplätze und verpflichten sich, die prämierten Projekte zu realisieren. Mit dem Instrumentarium „Grundstücksbeirat“ begutachtet eine Fachjury Wohnbauvorhaben mit weniger als 500 Wohneinheiten auf Liegenschaften im Besitz von Bauträgern, für die Fördermittel des Landes Wien beantragt werden. (Wohnfonds Wien)

*Nachhaltigkeits-
kriterien
implementiert*

Die Qualitätskriterien, nach welchen die Fachjurs beurteilen, sind in vier Bewertungskategorien gegliedert. Ökonomische Kriterien zielen auf Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Nachhaltigkeit ab. Kriterien der sozialen Nachhaltigkeit zielen auf die soziale Durchmischung von NutzerInnen, unterschiedliche Wohnformen, Mitbestimmung und Alltagtauglichkeit ab. Architektonische Kri-

terien zielen auf zeitgemäße und innovative Konzepte auf den Ebenen Stadt, Gebäude und Wohnung ab. Ökologische Kriterien zielen auf Klima, Ressourcen, Umweltbewusstsein und Freiraum ab. (Wohnfonds Wien Beurteilungsblatt 4 Säulen Modell)

3. Gender Mainstreaming, Gender Planning und konkrete Planungsansätze

Gender Mainstreaming bedeutet unterschiedliche Bedürfnisse aufzuspüren, systematisch zu erfassen und die gesellschaftliche Chancengleichheit der Geschlechter zu fördern. Im Mittelpunkt stehen Bedürfnisse unterschiedlicher NutzerInnengruppen und deren Erfordernisse in verschiedenen Lebensphasen. Dabei werden bisher oft „unterrepräsentierte“ Gruppen, wie Kinder, Jugendliche, Personen mit Betreuungspflichten, Personen mit Migrationshintergrund sowie hochbetagte Menschen (75+), nochmals verstärkt betrachtet. Dazu bedarf es gleichstellungspolitischer Instrumente. Auf europäischer Ebene wurde 1998 im Vertrag von Amsterdam die Umsetzung von Gender Mainstreaming festgelegt. Österreich hat sich im Jahr 2000 der Gender-Mainstreaming-Strategie verpflichtet und verfolgt seither Implementierungsstrategien sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene. Ziel ist es, eine geschlechtergerechte und gleichstellungsorientierte Sichtweise zum Bestandteil aller Entscheidungen zu machen. National erstellte Gender Manuals oder praktische Leitfäden auf EU-Ebene zeigen Möglichkeiten auf, die Vielfalt als Chance zu nutzen. Sie regen zur Umsetzung von Genderaspekten an. Die Stadt Wien brachte dazu 2013 ein „Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung“ heraus, in welchem Themen und Leitbilder einer gendersensiblen Planung und Verwaltung von ihrem Konzept bis zur Umsetzung beschrieben sind. (Damyanovic, Reinwald und Weikmann 2013)

Gender Mainstreaming bedeutet die Erfassung unterschiedlicher Bedürfnisse und die Förderung von Chancengleichheit

Gender Mainstreaming ist eine Querschnittsmaterie, die auf allen Ebenen und in allen Planungsprozessen zum Tragen kommt. Im Handbuch „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung“ werden genderrelevante Planungsziele für die Themenfelder Stadtstruktur, Raumbildung und Wohnqualität sowie für den öffentlichen Raum und Mobilität formuliert. In Detailfragen werden jene Qualitätsmerkmale deutlich, die über ein allgemeines Verständnis von nutzungsgerechter Planung hin-

Gender Mainstreaming als Querschnittsmaterie

ausgehen. So stellt sich zum Beispiel die Frage zur differenzierten Gestaltung öffentlicher Freiflächen im Stadtteil: Berücksichtigt die Gestaltung der Freiflächen unterschiedliche Lebenssituationen und Lebensphasen? Fußballkäfige oder Skaterbahnen lassen unberücksichtigt, dass es dazwischen auch noch andere Bewegungs- und Spielinteressen gibt. Mädchen und Burschen nutzen Freiräume unterschiedlich und eignen sich Räume unterschiedlich an. Ebenso sind qualitätsvolle Bewegungsangebote für ältere Menschen eine Herausforderung der Zukunft.

*konkrete
genderrelevante
Planungsziele*

Bezogen auf Wohnbau und bauplatzbezogene Freiflächen sind konkrete genderrelevante Planungsziele formuliert:

- Vielfältiges Wohnungsangebot bezüglich Rechtsform, Finanzierung, Kostenstruktur, Wohnungstypen und -grundrisse
- Unterstützung der Bildung von Nachbarschaft
- Ausreichend große privat sowie gemeinschaftlich verfügbare Freiflächen für Alltagsarbeit, Kinderspiel und Erholung. (Damyanovic, Reinwald und Weikmann 2013)

Für Frauen, die in Österreich nach wie vor einen Hauptteil der Betreuungs- und Familienarbeit übernehmen, sind Leistbarkeit, Vereinbarkeit mit beruflichen und anderen sozialen Anforderungen sowie das Vorhandensein ausreichend unterstützender Strukturen in der unmittelbaren Wohnumgebung die vordringlichsten Punkte.

Gender Planning und konkrete Planungsansätze

*die 4-R-Methode
als Genderanalyse*

Die 4-R-Methode der Genderanalyse fragt nach WER (Repräsentation), WAS (Ressourcen), WARUM/WARUM NICHT? (Realitäten und rechtliche Situation). (Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Dezernat Gender Mainstreaming 2011) Diese Methode ist dazu gedacht, konkrete Planungen einer Genderanalyse zu unterziehen. WER fragt nach den NutzerInnen eines Angebots, für wen ist es leistbar oder funktional geeignet, und für wen nicht. WAS hinterfragt die Verteilung von Zeit, Geld und Raum, den Zugang zu Informationen und Chancengleichheit in Bezug auf die Nutzung. WARUM/WARUM NICHT unterzieht gesellschaftliche Normen und Rollenbilder einer kritischen Analyse und hinterfragt, ob rechtliche Vorgaben ausreichend Schutz vor Benachteiligung und Diskriminierung bieten.

Während Gender Mainstreaming ein politisches Leitprinzip ist, das als Querschnittsthema Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen und politischen Handlungsfeldern und auf allen Handlungsebenen anstrebt, konkretisiert Gender Planning den Blick auf planende und bauende Disziplinen: „Gender Planning qualifiziert Beteiligte und Betroffene in Planungsprozessen sowie Bauten im Hinblick auf unterschiedliche Raumsprüche, Ressourcen und Kompetenzen. Es berücksichtigt die Aneignungs- und Raumnutzungsmuster der Geschlechter und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und fördert die Identifikation der Menschen mit ihrem Umfeld. Die Vereinbarkeit der Erwerbs- und Familienarbeit, das subjektive Sicherheitsempfinden sowie die nachhaltige Verankerung von Wahlmöglichkeiten in der Raumnutzung sind wesentliche Aspekte des Gender Planning.“ (Chestnutt et al. 2011, 13)

Aneignungs- und Raumnutzungsmuster der Geschlechter und verschiedenen sozialen Gruppen

Auch Fragen der Nachhaltigkeit von Gebäuden rücken zunehmend Genderaspekte in den Fokus. Dabei geht es vorwiegend darum, zukunftsfähige Gebäude zu entwickeln, die langlebiger und somit auch im Lebenszyklus nachhaltiger sind. (Haselsteiner 2017; Haselsteiner et al. 2014; Lubitz-Prohaska and Mraz 2019) Alltagsbedürfnisse von BewohnerInnen und ihre (finanziellen) Ressourcen stehen besonders im Fokus von gender- und diversitätsgerechter Planung. Dabei ist es wichtig zu bedenken, dass Menschen weder nach Alter, Geschlecht oder Herkunft homogene Gruppen bilden, sondern in ihrer Individualität wahrgenommen werden müssen. Darüber hinaus sind Gender- und Diversitätsaspekte in allen Stufen der Projektentwicklung, Planung, Vergabe und allen begleitenden partizipativen und sozialen Maßnahmen umzusetzen.

Die Mehrheit der Menschen in Österreich, konkret 58 Prozent, leben allerdings in Ein- und Zweifamilienhäusern. Immer mehr Einfamilienhäuser werden von Einzelpersonen, und hier besonders von alleinlebenden älteren Frauen, bewohnt. Diese vor allem für den ländlichen Raum geltende Situation, stellt Gemeinden zunehmend vor neue Herausforderungen. Hier gehen Überlegungen und Planungskonzepte in Richtung von Zusammenschlüssen mehrerer Personen, Gebäude und Funktionen zu gemeinschaftlichen Wohnformen, Gebäudeverbänden oder funktionalen Einheiten altersgerechten Wohnens. (Lindenthal: ReHABITAT, Onlineressource)

neue Herausforderung: mehr ältere alleinstehende Frauen leben im Einfamilienhaus

4. Historische Entwicklung

19. und 20. Jahrhundert – Wohnreformmodelle und Modellwohnprojekte der Frauenbewegungen

Im Zuge der Industriellen Revolution wurden in der 2. Hälfte des 19. Jh. immer mehr Frauen erwerbstätig. Bedingt durch die steigende Zuwanderung in industrielle Gebiete, fehlte in diesen der notwendige Wohnraum. Überbelegung der vorhandenen Wohnungen und erhebliche Mietsteigerungen waren die Folge. Von dieser Wohnungsnot besonders stark betroffen waren alleinstehende Frauen, die, falls ihnen überhaupt eine Wohnung zugestanden wurde, Schwierigkeiten hatten, diese mit ihrem geringen Einkommen zu bezahlen. Neben Wohnbauinitiativen für die „berufstätige alleinstehende Frau“ sah eine Reihe von Frauen in der Effektivierung und Kollektivierung der Hausarbeit einen wichtigen frauenpolitischen Beitrag zur Erneuerung und Umstrukturierung der Gesellschaft. (Haselsteiner 1999)

*Industrielle Revolution:
alleinstehende Frauen besonders
von Wohnungsnot betroffen*

Im Großteil des 20. Jahrhunderts spielten die Akteure des öffentlichen Wohnbaus eine zentrale Rolle in der Stärkung eines patriarchalen und hierarchischen Systems und gegen die Emanzipation von Frauen. Wohnbaustandards basierten auf der Systemeinheit traditionelle Kernfamilie mit traditionellen Geschlechterrollen. Weit bis in die Nachkriegsjahrzehnte wurden demografische Entwicklungen, neue Lebensformen und entsprechende Wohnbedürfnisse baulich-räumlich ignoriert. (Riß 2016, 101)

*Wohnbedürfnisse
durch neue
Lebensformen lan-
ge Zeit ignoriert*

Eine umfassende Thematisierung von Wohn- und Alltagsbedürfnissen von Frauen durch Frauen erfolgte in Österreich in den 1990er Jahren. Damals gültige Wohnbaustandards wurden infrage gestellt und neue bedarfsgerechte Raumkonzepte entwickelt. Diese Impulsgebung auf der Verwaltungsebene der Frauenpolitik führte zur Realisierung fünf modellhafter Wohnprojekte im öffentlich geförderten Wohnbau. Erstmals wurden Qualitätskriterien für Lage, Ausbildung und Qualität von Räumen in den Maßstabsebenen Wohnumfeld, Wohngebäude und Wohnung formuliert. (Riß 2016, 285ff)

Die Projekte zeichneten sich durch erhöhten Gebrauchswert und Alltagstauglichkeit aus und setzten neue Maßstäbe für verbesser-

te Wohnqualität. In den Wohnanlagen wurden Einrichtungen der Nahversorgung integriert. Mit hofbildenden Gebäudeanordnungen wurden kommunikationsfördernde Außenbereiche geschaffen, dabei gute Sichtbeziehungen von Wohnungen aus als soziale Kontrolle hergestellt. Erschließungsbereiche wurden barrierefrei, mit Sichtbezug nach außen und als Orte der Begegnung ausgebildet. Hausnebenräume und Gemeinschaftsräume wurden gut erreichbar und natürlich belichtet umgesetzt. Wohnungsgrundrisse sind mehrheitlich nutzungsneutral und flexibel mit privaten Freiräumen. (Riß 2016, 302ff)

Die zwischen 1997 und 2004 fertiggestellten Projekte sind die Frauen-Werk-Stadt 1 in Wien-Donaustadt, das Modellprojekt für Frauen- und Kindergerechten Wohnbau in Graz-Straßgang, das Modellwohnprojekt „Frauen schaffen Wohnqualität“ in Salzburg-Gneis, der Remisenhof in Linz-Urfahr und die Frauen-Werk-Stadt 2 in Wien-Favoriten. Die Projektentwicklungen fanden im Spannungsfeld zwischen männlich geprägter Wohnbaupolitik, Stadtplanung, Wohnbauträgern, Architekturfachwelt sowie Frauenpolitik und Architektinnen statt. Aufgrund der Initiierung durch Frauenbeauftragte wurden die Projekte meist nur als frauenpolitische, soziale Ergebnisse wahrgenommen. (Riß 2016, 286f, 326)

neue Projekte für frauengerechten Wohnbau

21. Jahrhundert – Selbstinitiierte Frauenwohnprojekte mit höherer Bedürfnisorientierung

In den 2000er Jahren thematisierte die Architektin, Architekturforscherin und Lehrende Sabine Pollak erneut die Benachteiligung von Frauen im Wohnbau: Die Zahl der alleinstehenden Frauen ist am stärksten inbegriffen, in größeren Städten bestreiten mehr als 50 Prozent aller Frauen alleine einen Haushalt. Frauen haben geringere Einkommen und Pensionen sowie höhere Mietkosten zu tragen. Wohnungen sind zu teuer: für Frauen reduziert sich leistbarer Wohnraum auf einen Bruchteil der am Markt angebotenen Wohnungen. Wohnungen sind durchwegs im Eigentum von Männern. Frauen haben kaum Einfluss auf Standortdiskussion, Projektentwicklung und Herstellung von Wohnungen. Der Wohnungsmarkt reagiert nicht auf Bedürfnisse von Frauen. Wohnungen sind zu groß oder zu klein und zu unflexibel. Herkömmliche Wohnprojekte sind anonym, unkommunikativ und isolierend, kinderfeindlich, zu wenig Freiraum, ohne Partizipationsmöglichkeiten, fördern nicht Zusammenleben

Benachteiligung von Frauen im Wohnbau wird öffentlich thematisiert

und Unterstützung. Es gibt einen großen Bedarf an Wohnraum für Studentinnen, Alleinerziehende, Frauen mit Patchwork-Familien, Wohngemeinschaften, alleinstehende Frauen ab 55 sowie Pensionistinnen. Für ältere Frauen gibt es keine räumliche Möglichkeit für Betreuung zu Hause. (Frauenwohnprojekt, Nextroom, [ro*sa]²² Donaustadt)

*[ro*sa] Frauenwohnprojekte: die Macht- und Besitzverhältnisse sind dauerhaft in Frauenhand*

Mit dem gegründeten Frauenverein [ro*sa] Frauenwohnprojekte wurde 2009 das Frauenwohnprojekt [ro*sa] Donaustadt in Wien realisiert. Zwei weitere vom Verein initiierte Projekte wurden mit anderen ArchitektInnen realisiert: 2009 [ro*sa] KalYpso Kabelwerk in Wien-Meidling und 2014 [ro*sa] in Wien-Simmering. Zugrunde liegen allen Projekten, die als selbstinitiierte, partizipativ entwickelte Baugruppenprojekte im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnbaus realisiert wurden, folgende Prinzipien: Bestandteil sind die frühzeitige Miteinbeziehung, Partizipation und Bestimmung von Frauen in allen Projekt- und Planungsphasen. Die Macht- und Besitzverhältnisse sind dauerhaft in Frauenhand: Mietverträge werden nur an Frauen vergeben. Es sind Wohnmodelle für selbstbestimmtes, integratives, kommunikatives Zusammenleben von Frauen. Es handelt sich um Lebensräume, die maßgeschneidert, veränderbar, hochwertig und leistbar sind. Die Wohnkonzepte berücksichtigen unterschiedliche Lebensphasen und -formen und sind zugeschnitten auf Wünsche von Frauen. (Frauenwohnprojekt, [ro*sa]²² Donaustadt)

5. Aktuelle Situation und Empfehlungen

Mitbestimmung und Vertretung von Frauen-Anliegen im Wohnbau

gleichstellungsorientierte Wohnbaupolitik beinhaltet Mitbestimmung und Vertretung von Frauenanliegen

Ein Recht von Frauen auf Mitbestimmung, gleichberechtigter Teilhabe und „gehört zu werden“ ist eine weitere wichtige Säule einer gleichstellungsorientierten Wohnbaupolitik. Empfohlen werden Expertinnenpools, die frauenspezifische Bedürfnisse in Gremien und Jurys der Entwicklung- und Planung von Wohnbauprojekten vertreten. In der Planung müssen stellvertretend die Bedürfnisse von Frauen bzw. spezifischer Zielgruppen von Frauen z.B. Alleinerziehende berücksichtigt werden, die sich nicht aktiv einbringen können. (Fokusgruppe der Evaluationsstudie „NutzerInnenperspektive der Frauenwohnprojekte in Wien“, UrbanPlus, im Auftrag der MA50, 04.09.2019, Wien)

Ein höherer Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen von Wohnbauprojektentwicklung und -planung führt zu einer höheren Identifikation mit Projekten, Bedürfniserkennung und verbesserter Kommunikation. Grundrisse, Alltagstauglichkeit, Nutzungsorientierung, Praktikabilität und Qualität sind Aspekte, die Frauen eher Anliegen sind. Die Anliegen der 50 Prozent weiblichen Nutzerinnen von Wohnbau sollen adäquat von 50 Prozent weiblichen Entscheidungsträgerinnen in der Wohnungswirtschaft vertreten werden. Wohnungswirtschaftliche Agenden sollen österreichweit gleichwertig in Frauenhänden liegen. (Fokusgruppe der Studie „Frauen in der Wohnungswirtschaft. Studie zu Karrierebedingungen und zur Erhöhung der Frauenrepräsentanz in diesem Wirtschaftssektor“, IIBW, im Auftrag der MA50, 11.11.2019, Wien)

wohnungswirtschaftliche Agenden sollen gleichwertig in Frauenhänden liegen

Leistbarer Wohnraum

Das Ausmaß der Wohnungsnot hat sich seit der Kompetenzübertragung der Wohnbauförderung an die Bundesländer verstärkt. Die unspezifische Ausrichtung der Wohnpolitik und der weitgehende Verzicht auf armutspolitische Schwerpunktsetzung birgt vor allem für einkommensschwache Haushalte Restriktionen im Zugang zu gefördertem Wohnraum. Dazu zählen jene von alleinstehenden, alleinerziehenden und pensionierten Frauen, weil sie durchschnittlich über ein weitaus geringeres Einkommen als Männer verfügen. Der Zugang zu angemessenem Wohnraum ist erschwert durch ein hohes Mietpreinsniveau auch bei geförderten Mietwohnungen sowie finanziell hohe Zugangshürden durch hohe einzubringende Eigenmittel und Baukostenbeiträge. Es bestehen ein Mangel an verfügbaren leistbaren Wohnungen in Ballungszentren, lange Wartelisten in den kommunalen Wohnungsämtern der Landeshauptstädte sowie lange Wartezeiten trotz zuerkannter Dringlichkeit der Wohnversorgung. (Schoibl 2008, 10, 11; Schoibl 2011, 7, 9, 22)

Kompetenzübertragung der Wohnbauförderung an die Bundesländer betrifft Frauen besonders negativ

Die aktuellen Daten zeigen, dass leistbarer Wohnraum aus frauenpolitischer Sicht weiterhin eine zentrale Forderung darstellt. Einerseits gilt es, Finanzierungsmodelle zu überlegen, die zum Beispiel auch geringverdienenden, alleinerziehenden oder alleinlebenden

älteren Frauen eine Teilhabe am Wohnungsmarkt ermöglichen. Dem kommunalen und öffentlich geförderten Mietwohnungsbau kommt in diesem Zusammenhang andererseits die Schlüsselaufgabe zu, ausreichend Wohnraum für unterschiedliche Haushaltsgößen und Lebenssituationen anzubieten, um Veränderungen, zum Beispiel nach Scheidungen, entsprechend flexibel begegnen zu können.

Stärkung Schnittstelle Frauenpolitik – Wohnungspolitik

Beispielhaft ist der Vorstoß der neuen amtsführenden Wiener Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, zur Integration innovativer und leistbarer Wohnmodelle für Allein- und Getrennterziehende in geförderten Wohnungsneubauprojekten. Alleinerziehende – mehrheitlich Frauen – wohnen in jedem vierten Wiener Haushalt mit Kindern. Der Verein Juno (Zentrum für Getrennt- und Alleinerziehende) kooperiert beratend mit Bauträgern zwecks kompakter Grundrisslösungen, um Eigenmittel und Mietkosten gering zu halten. In den Projekten werden neben Klein- und Clusterwohnungen auch Wohnheime, Wohngemeinschaften und Übergangswohnungen geplant. (Adenberger 2019)

*Wiener Initiative:
leistbare
Wohnmodelle für
Allein- und
Getrennterziehende*

Das Wohnen von Frauen soll als wohnungspolitisches Thema stärker positioniert werden, indem Wohnungspolitik und Frauenpolitik stärker ineinandergreifen. Die hohe Verbreitung von Armut und Wohnungslosigkeit unter Frauen ist ein demografisches Problem und erfordert zum einen ein Überdenken der Vergabekriterien im sozialen Wohnbau und zum anderen mehr frauenspezifische Wohnangebote. Verschiedene Bedürfnisse von Alleinerzieherinnen sollen bauliche Entsprechung finden. Generell ist die Betrachtung und Stärkung des Quartiers wichtig und die Integration von kleinteiligen, breit gestreuten Wohnungsformen für Frauen in größeren Projekten. Quartiers- und Stadtentwicklung wird als wichtiges Frauenthema erachtet.

*Wohnbauforschung
zu frauenspezifischen
Aspekten soll
verstärkt werden*

Wohnbauforschung zu frauenspezifischen Aspekten im Wohnbau soll verstärkt und Ergebnisse öffentlich gemacht werden. Erfahrungen aus gemeinschaftlichen Wohnprojekten sollen veröffentlicht und BauträgerInnen zugänglich gemacht werden. Frauenspezifische und Frauenwohnprojekte sollen evaluiert werden und aus den Erfahrungsberichten neue Modelle entwickelt werden, die Alltagsprozesse mit Architektur kombinieren. (Enquete Frauen.Wohnen. Wien, 24.10.2019)

Funktionsdurchmischung im Quartier

Ebenso wesentlich ist es, von erfolgreichen Projekten zu lernen und Bedürfnisse von Frauen nach Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit bereits planerisch zu ermöglichen. Alltagsleben ist heute komplexer geworden, mehrere Aufgaben sind parallel zu erledigen, viel mehr Wege und Aufgaben sind unterwegs zur Arbeit oder am Heimweg eingeplant und Kinder sind neben der Schule zu zahlreichen Freizeitaktivitäten zu begleiten. Damit sind Forderungen nicht ausschließlich an die Wohnbaupolitik adressiert, sondern übergeordnet an alle für die Alltagspraxis relevanten Planungsdisziplinen. Eine gute Versorgung und Infrastruktur in fußläufiger Entfernung, mit Dingen des täglichen Lebens, medizinischer Versorgung, Grün- und Erholungsräumen, Einrichtungen für Freizeit und Kultur sowie eine gute Anbindung mit dem öffentlichen Verkehr zu übergeordneten oder zentralen Versorgungsknotenpunkten sollten insbesondere im geförderten Wohnungsbau als Standard definiert sein. Für Frauen mit Betreuungspflichten für kleinere Kinder ist es oftmals wichtig, ausreichend soziale Gemeinschafts- und Unterstützungsstrukturen im Wohnquartier vorzufinden, wie Vernetzungs- und Kommunikationsräume, Räume für selbstorganisierte Kinderbetreuung oder kurzfristige Unterstützung in der Kinderbetreuung bei Krankheit. Die Wohnbauplanung geht nach wie vor vom Konzept der intakten Kleinfamilie und einem konservativen Familienbild aus. Das engt besonders Frauen ein, zwingt diese in tradierte Vorstellungen und Rollenmuster von Arbeitsteilung und Zusammenleben und ist Teil einer strukturellen Ungleichheit gegenüber Frauen. Hier wäre es längst an der Zeit, Standards und Richtlinien zu modernisieren und Wohnbau als einen integrierten Bestandteil einer funktionsdurchmischten Quartiersplanung zu verstehen und nicht weiterhin isoliert zu betrachten.

*komplexeres
Alltagsleben
fordert alle
relevanten
Planungsdisziplinen*

*konservatives
Familienbild in der
Wohnbauplanung
engt besonders
Frauen ein*

Literatur

- » Adenberger, Marietta, *Sich gegenseitig helfen: Wohnen für Alleinerziehende*. Der Standard. 20.01.2019 <https://www.derstandard.at/story/2000096519221/sich-gegenseitig-helfen-wohnen-fuer-alleinerziehend>. Zugegriffen November 2019.
- » Baumgartner, Andrea, Baumgartner, Josef. 2012. *Instrumente und Wirkungen der österreichischen Wohnungspolitik*. 2012. WIFO Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- » Bauriedl, Sybille, Michaela Schier, und Anke Strüver. 2010. *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen: Erkundungen von Vielfalt und*

- Differenz im spatial turn. Forum Frauen- und Geschlechterforschung 27. Westfälisches Dampfboot.*
- » Becker, Ruth, und Beate Kortendiek. 2010. *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie.* Springer-Verlag.
 - » Birch, Eugenie Lander. 1983. „From Civic Worker to City Planner: Women and Planning: 1890-1980“. In *The American Planner: Biographies and Recollections*, herausgegeben von Donald A. Krueckeberg, 396–427. New York, London: Taylor & Francis.
 - » Bundeskanzleramt. 2019. *Gleichstellung in Zahlen: Gender Index 2018.* Wien.
 - » Chestnutt, Rebecca u. a. 2011. *Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung: Berliner Handbuch.* Berlin: Kulturbuch-Verl.
 - » Damyanovic, Doris, Florian Reinwald, und Angela Weikmann. 2013. *Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung.* Herausgegeben von MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung. *Werkstattberichte / Stadtentwicklung 130.* Wien: Stadtentwicklung Wien, MA. 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung.
 - » Frauenwohnprojekt [ro*sa] KalYpso. Zugegriffen November 2019. <https://www.rosa-kalypso.at/>
 - » Hammer, Elisabeth, Harner Roswitha. *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.* 2017. *De-Institutionalisierung in der Wohnungslosenhilfe in Wien*
 - » Haselsteiner, Edeltraud. 1999. *Frauenräume – Küchen(t)räume: Geschlechterdifferenz in Wohnraumplanung und Wohnraumgestaltung.* Wien, Techn. Univ, Dipl-Arb.
 - » Haselsteiner, Edeltraud. 2017. „Nutzer/innengerecht planen für gender- und diversitätsgerechte energieeffiziente Gebäude“. In *GENergie – Chancengleichheit in der Energietechnik*, herausgegeben von Steinbeis-Europa-Zentrum, 36–41. Stuttgart: Steinbeis-Europa-Zentrum. https://www.steinbeis-europa.de/files/abschlusspublikation_genergie_web.pdf.
 - » Haselsteiner, Edeltraud u. a. 2014. „GINGER – Genderaspekte in der Nutzung von Gebäuden, Energie und Ressourcen“. *URBANITY.* <http://www.urbanity.at/ginger/>.
 - » Khosla, Prabha. 2014. *Women and housing: towards inclusive cities.* Nairobi, Kenya: UN Habitat.
 - » Lindenthal, Julia. 2019. „ReHABITAT“. *ReHABITAT.* Zugegriffen November 2019. <https://rehabitatprojekt.wordpress.com/>.
 - » Löw, Martina. 2013. *Raumsoziologie.* Suhrkamp Verlag.
 - » Lubitz-Prohaska, Beate, und Gabriele Mraz. 2019. „living_gender. Planungshandbuch für den gender- und diversitätsgerechten Wohnbau“. Zugegriffen November 2019. <http://www.livinggender.at/planungshandbuch.htm>.
 - » Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Dezernat Gender Mainstreaming, Hrsg. 2011. *Gender Mainstreaming – leichtgemacht. Praxistipps für mehr Gleichstellung im Magistrat.* Wien: Stadt Wien.
 - » Nextroom Frauenwohnprojekt [ro*sa] Donaustadt. Zugegriffen November 2019. <https://www.nextroom.at/building.php?id=33374>
 - » Püchner, Petra, Saskia Heyde, Kathrin Eckerlin, und Steinbeis-Europa-Zentrum, Hrsg. 2017. *GENergie - Chancengleichheit in der Energietechnik.* Stand: März

2017. Stuttgart: Steinbeis-Europa-Zentrum.

- » Riß, Sabina. *Fraugerechte Modellwohnprojekte der 1990er Jahre. Die versuchte Einflussnahme von Frauen als Auftraggeberinnen auf den österreichischen geförderten Wohnbau*. Dissertation, TU Wien, 2016.
- » [ro*sa]²² Website des Frauenwohnprojektes [ro*sa] Donaustadt im Johanna Dohnal Haus. Zugriffen November 2019. <http://www.frauenwohnprojekt.org/home>
- » Schoibl, Heinz. *Equality in Housing, Gleichbehandlung am Wohnungsmarkt*. 2011. Volkshilfe Österreich, Wien.
- » Schoibl, Heinz. *Knappes Gut Wohnen*. 2008. Helix – Forschung und Beratung, Salzburg.
- » Stadt Wien, Stadtentwicklung. *Neuer Stadtteil Wolfganggasse für 1900 Wienerinnen*. Zugriffen November 2019. <https://www.wien.gv.at/verkehr-stadtentwicklung/wolfganggasse.html>.
- » Statistik Austria. 2019. *Wohnen. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik*. Wien.
- » Wabl, Stephan. *Geförderter Wohnbau: Wird Wohnen in Wien leistbarer?*. Profil 01.03.2019. Zugriffen November 2019. <https://www.profil.at/shortlist/oesterreich/geforderter-wohnbau-wien-10656928>
- » Wohnfonds Wien, Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung. *Neubau*. Zugriffen November 2019. <https://www.wohnfonds.wien.at/articles/nav/118>
- » Wohnfonds Wien, Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung. *Beurteilungsblatt 4 Säulen Modell*. Zugriffen November 2019. https://www.wohnfonds.wien.at/media/file/Neubau/4-Saulen-Modell_Gesamt_2017.pdf
- » Zartler, Ulrike, Martina Beham-Rabanser, Ingrid Kromer, Heinz Leitgöb, Christoph Weber, Universität Wien, Johannes Kepler Universität Linz, und Österreich, Hrsg. 2011. *Alleinerziehende in Österreich: Lebensbedingungen und Armutsrisiken*. 1. Aufl. Sozialpolitische Studienreihe 7. Wien: BMASK.